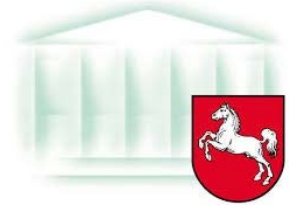


Deniz Kurku

Mitglied der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



Delmenhorst, 6. Mai 2020

Neonazis keine Plattform für Audioinhalte bieten – Unternehmerische Verantwortung bedeutet auch soziale Verantwortung!

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Krause,

Ihre täglichen Hörerinnen und Hörer schätzen Ihr breitgefächertes, genreübergreifendes und tagesaktuelles Angebot. Aus einer großen Beliebtheit und einer großen Reichweite folgt auch eine große Verantwortung, sowohl für Ihre Mitarbeiterschaft, das Unternehmen selbst, aber eben auch Ihren Nutzerinnen und Nutzern gegenüber.

Verantwortung heißt dabei, demokratische Werte wie Menschenrechte und Vielfalt zu schützen sowie gleichzeitig Hass, Hetze und Gewalt mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Als größter Streaming-Anbieter sind Ihr Unternehmen und Sie sich dem Stellenwert der Musik für unser demokratisches und gesellschaftliches Miteinander bewusst. Musik ist ein kulturelles Bindeglied, baut Grenzen zwischen Ländern und Kontinenten ab, verbindet Menschen unterschiedlichster Herkunft. Musik integriert, schafft Zusammenhalt, und grenzt nicht aus. Soziale Verantwortung heißt auch, mit klarer Kante und entsprechenden Handlungen gegen menschenfeindliches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut vorzugehen. Hier reichen Lippenbekenntnisse nicht aus, sondern es braucht eine klare rote Linie, die dazu führt, dass demokratie- und verfassungsfeindliche Inhalte keine Bühne auf Ihrer Plattform bekommen.

Die Entwicklung der letzten Jahre, ganz besonders aber das vergangene Jahr, war geprägt von einem Erstarren der rechtsextremen Szene. Wie schnell aus Gedanken Worte und aus Worten Taten werden, hat man nicht zuletzt bei der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, den rechtsterroristischen Anschlägen von Halle und Hanau sowie dem furchtbaren Massenmord im neuseeländischen Christchurch gesehen. Häufig radikalisieren sich die rechtsextremen Täter im Netz – dabei ist die Rolle der musikalischen Prägung insgesamt nicht zu verkennen:

„Musik hat insbesondere für den Einstieg in die rechtsextremistische Szene eine wichtige Funktion. Sie ist ein wesentlicher Faktor für die Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls bei Szeneangehörigen und dient darüber hinaus dem Zweck, rechtsextremistische Ideologien – auch an Außenstehende – zu vermitteln. (...) Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die ihre soziale Situation in den Liedtexten widergespiegelt finden und nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit rechtsextremistischer Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren.“ (Auszug aus dem Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2018, S. 45-46)

Deniz Kurku

Mitglied der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



Bereits Anfang des Jahres ist Ihr Unternehmen in die medialen Schlagzeilen geraten, als über antisemitische Playlists, Hass-Symboliken sowie rechtsradikale Nutzernamen berichtet wurde. Dass rechtsextreme Podcasts wie vom Ein Prozent e.V., der nachweislich die Nähe zu Neonazis sucht und nach Einschätzung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) der Amadeu-Antonio-Stiftung als „Schnittstelle zwischen der AfD, der ‚Neuen Rechten‘ und dem klassischen Neonazi-Spektrum“ agiert, auf Ihrer Plattform angeboten wird, stößt bei uns auf größtes Unverständnis. Ein Verein, der asylfeindliche Organisationen unterstützt, Neonazis und Hooligans hofiert und bereits von Instagram sowie Facebook gesperrt worden ist, sollte keine Nazi-Propaganda über Ihre Plattform verbreiten können. Sie bieten somit Rechtsextremisten wie Björn Höcke eine öffentliche Plattform, auf der er u. a. die aktuelle Corona-Krise als „mediengenährte Hysterie“ diffamiert.

Gleiches gilt im Übrigen auch für den „Rapper“ Chris Ares, der monatlich fast 30.000 Hörerinnen und Hörer anzieht. Ares, der vom bayerischen Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt eingestuft und als „Rechtsextremist“ gilt, hat nachweisliche Verbindungen zur Neuen Rechten und Identitären Bewegung, was grundsätzlich allem widerspricht, wofür der Hip-Hop steht. Weiterhin gilt er als führender Teil der „Identitären-Rapszene“ und fiel im Jahr 2016 dadurch auf, dass er Journalistinnen und Journalisten sowie Gegendemonstranten in München mit Tritten und Faustschlägen attackierte.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es ein unerträglicher Zustand, dass Ihre Plattform im Jahr 2020 weiterhin die Bühne für zahlreiche Antidemokraten, Extremisten und Populisten bietet. Wir sind uns bewusst, dass Sie und Ihre Mitarbeitenden täglich einen Spagat zwischen der Meinungsfreiheit und schwer verfassungsfeindlichen Äußerungen leisten. Uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist zudem die künstlerische Freiheit ein hohes und schützenswertes Gut – diese Freiheit gerät jedoch ganz eindeutig an ihre Grenzen, wenn Gesetze gebrochen und unsere Verfassung gefährdet wird!

Leider sind im Rahmen Ihrer tolerierten Uploads weiterhin Adolf-Hitler-Verherrlichungen, Nazi-Propaganda und rechtsradikale Subbotschaften an der Tagesordnung. Es lässt sich nicht von Einzelfällen reden, sondern von einer systematischen Unterwanderung durch rechte Inhalte. Dabei existieren bei Spotify hunderte Nutzer mit dem Namen „Adolf Hitler“ oder Profile wie „holocaust_is_a_lie“, „Hitler did not wrong“, „jewish gas inhailer“ oder „i will fuck all jewish“, welche oftmals verbotene Nazisymboliken wie Hakenkreuze in den Profilbildern aufweisen. Des Weiteren existieren immer noch hunderte, wenn nicht tausende Playlists mit rechtsradikalen, rassistischen und antisemitischen Titeln („I KILL JEWS“, „Gas the Jew“, „Adolf Hitler Favorite Jews“). All dies sind nur kleine Bruchteile eines großen Komplexes, welcher das Problem menschenfeindlicher und antidemokratischer Botschaften im System Spotify aufzeigt. Dies kann sicher nicht in Ihrem Interesse liegen.

Wenngleich Sie bereits über Ihre Pressestelle erklären lassen haben, es gäbe keine „automatisierte Möglichkeit zu verhindern, dass Nutzer sich Nazi-Namen geben oder antisemitische Playlists erstellen“ (Tagesspiegel, 23.01.2020), so haben wir die ausdrückliche Erwartung, dass Sie Ihrer globalen Verantwortung gerecht werden und

Deniz Kurku

Mitglied der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



entsprechend personelle Kapazitäten aufstocken, sowie proaktiv eine Zusammenarbeit mit den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden suchen. Darüber hinaus werden wir uns auch parlamentarisch mit dem Thema der zunehmenden Verbreitung rechtsextremer Musik im Internet und auf Streaming-Plattformen auseinandersetzen. Politik und Gesellschaft müssen der Verführung gerade junger Menschen durch rechtsextreme Musik entschieden entgegentreten. Als größten Musik-Streaminganbieter kommt Ihnen hierbei eine besondere Verantwortung zu.

Wir erwarten eine zeitnahe Reaktion Ihrerseits und erhoffen uns, dass diese nicht nur postalisch erfolgt. Viel wichtiger wäre, dass die Reaktion in einem entsprechenden, konkreten Handeln Umsetzung findet. Bitte seien Sie sich Ihrer Verantwortung für unser Gemeinwesen bewusst und setzen Sie alles daran, dass Spotify nicht länger der Medienstrategie von Rechtsaußen dient. Hier ist eine klare Unternehmenshaltung gefragt.

Überdenken Sie bitte, dass wir alle von der Freiheit und dem Austausch der Menschen -unabhängig der Herkunft- profitieren. Für die Kunst und damit auch für Ihr Geschäftsmodell gilt dies in einem ganz besonderen Maße.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und freuen uns, gemeinsam mit Ihnen für unsere demokratischen Werte einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

Deniz Kurku
Sprecher gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag